

mit Schwerpunkt **Energiemarkt**

Patentanmeldungen erleichtern jungen Unternehmen Zugang zu Wagniskapital

Der Zugang zu Wagniskapitalfinanzierung ist für den Markteintritt von jungen Unternehmen im Hochtechnologiebereich von besonderer Bedeutung. Viele junge Unternehmen scheitern jedoch bei ihren Bemühungen, diese Finanzierungsform zu erhalten. Bisher ist wenig darüber bekannt, welche Rolle Patentanmeldungen für den Zugang zu Wagniskapital haben. Diesen Zusammenhang untersucht eine gemeinsame Forschungsarbeit des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und des Instituts für Innovationsforschung, Technologiemanagement und Entrepreneurship (INNO-tec) an der LMU München.



Um sich am Markt zu etablieren, sind junge Unternehmen meist auf externe Ressourcen, etwa auf Wagniskapital, angewiesen. Insbesondere für junge Unternehmen im Hochtechnologiebereich ist Wagniskapital ein wichtiger Erfolgsfaktor, da die Unternehmen in diesem Wirtschaftsbereich stark in kostenintensive Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten investieren müssen.

Um an Wagniskapital zu gelangen, müssen die jungen Firmen zunächst potenzielle Investoren von dem Wachstumspotenzial und der Qualität ihres Unternehmens überzeugen. Investoren wiederum können die Qualität eines

jungen Unternehmens nur unpräzise einschätzen. Sie greifen daher auf beobachtbare Eigenschaften zurück, etwa auf Patentanmeldungen, um die Perspektiven des jungen Unternehmens besser zu beurteilen.

Eine aktuelle Studie des ZEW und der LMU (ZEW Discussion Paper Nr. 09-003) untersucht die Rolle des Patentschutzes für den Zugang zu Wagniskapitalfinanzierung. Die Analyse stützt sich auf Umfragedaten von 190 deutschen und britischen Biotechnologieunternehmen, die nach dem Jahr 1989 gegründet wurden. Die Umfrage enthält umfassende Information zu den tech-

nologischen Fähigkeiten der Unternehmen. Ferner wurden für diese Unternehmen alle Patentanmeldungen und -erteilungen am Europäischen und US-Patentamt identifiziert.

Hohe Patentqualität beschleunigt Finanzierung

Die empirische Analyse zeigt, dass die Patentaktivitäten eines Unternehmens einen signifikanten Einfluss auf den Zeitpunkt der ersten Wagniskapitalfinanzierung haben. Die Zeit bis zur ersten Wagniskapitalfinanzierung verkürzt sich für Unternehmen mit mindestens einer Patentanmeldung um 76 Prozent im Vergleich zu Unternehmen ohne Anmeldungen. Darüber hinaus zeigt sich, dass Unternehmen, die über Patente mit höherer Qualität verfügen, schneller Wagniskapital erhalten. Als Kriterium der Patentqualität zieht die Studie Zitationen heran. Zitationen ergeben sich

IN DIESER AUSGABE

Patentanmeldungen erleichtern jungen Unternehmen Zugang zu Wagniskapital ..	1
Höhere räumliche Mobilität könnte Arbeitslosigkeit im Westen senken	2
Deutschland muss mit Einschnitten bei der EU-Regionalförderung rechnen ...	3
Nachgefragt: Das Konjunktural scheint erreicht	4
Haben wir eine Kreditklemme?	4
ZEW Wirtschaftsforum	6
Mannheimer Unternehmenssteuertag ...	9
ZEW intern, ZEW Discussion Papers ...	10
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

FORSCHUNGSERGEBNISSE

im Patentverfahren, wenn ein Patentprüfer bei einer neuen Patentanmeldung auf eine vorangegangene, für das aktuelle Patent relevante Erfindung verweist, diese also zitiert. Da die meisten Zitationen erst nach der Investitionsentscheidung erfolgen, deutet das Ergebnis darauf hin, dass Investoren die Fähigkeit besitzen, zwischen zum Patent angemeldeten Erfindungen niedriger und hoher Qualität zu einem frühen Zeitpunkt zu unterscheiden. Die Erteilung eines Patents hat wiederum keinen zusätzlichen Einfluss auf den Zeitpunkt der Wagniskapitalfinanzierung. Dies liegt vermutlich daran, dass die Investoren die Qualität der Erfindung aufgrund der

Informationen in der Patentanmeldung bereits vorab gut beurteilen können.

Patenteinsprüche signalisieren kommerzielle Verwertbarkeit

Kommt es jedoch zu einem Patenteinspruch, so erhöht dieser die Wahrscheinlichkeit einer frühzeitigen Wagniskapitalfinanzierung. Ein Patenteinspruch wird offenbar als Signal für die kommerzielle Verwertbarkeit der Erfindung gewertet. Die skizzierten Ergebnisse sind gleichsam für Wirtschaft und Politik von Bedeutung. Patenten kommt im Entscheidungsprozess von Wagniskapitalgebern als Informationsquelle

eine wichtige Rolle zu. Obwohl die Vorbereitung einer Patentanmeldung Kosten verursacht und die Offenlegung von unternehmensbezogenen Informationen erfordert, sollten Unternehmer diesen Signalwert nicht unterschätzen. Während bislang vor allem der wettbewerbsreduzierende Einfluss von Patenten durch die Erteilung einer temporären Monopolstellung hervorgehoben wurde, zeigen die Ergebnisse von ZEW und INNO-tec die wettbewerbsfördernde Rolle von Patenten auf.

Dr. Carolin Häussler, LMU München

*Prof. Dietmar Harhoff, PhD,
LMU München und ZEW*

Dr. Elisabeth Müller, mueller@zew.de

Höhere räumliche Mobilität könnte Arbeitslosigkeit im Westen senken

Sucht etwa ein Bauingenieur aus Köln eine neue Stelle, vakant ist aber nur die Position eines Elektroingenieurs in Leipzig, so liegt ein Mismatch am Arbeitsmarkt vor. Er tritt auf, wenn die Profile von zu besetzenden Arbeitsstellen und Arbeitslosen im Hinblick auf den Arbeitsort und/oder das gesuchte Berufs- bzw. Qualifikationsprofil nicht zusammenpassen. Eine aktuelle Studie des ZEW quantifiziert erstmals die Mismatch-Arbeitslosigkeit für Männer in Deutschland. Unterschieden wird dabei nach der räumlichen und der beruflichen Komponente des Mismatches sowie nach der Situation in Ost- und Westdeutschland.

Um die Mismatch-Arbeitslosigkeit zu schätzen, nutzt die ZEW-Studie (Discussion Paper Nr. 09-014) umfassende Datensätze der Bundesagentur für Arbeit, die Informationen über arbeitslose Männer, gemeldete Vakanzen und den Wechsel von Arbeitslosigkeit in Beschäftigungsverhältnisse geben. Die Studie betrachtet den Zeitraum 2000 bis 2004. Datensätze für 439 Kreise und 18 Berufsgruppen erlauben es, diese Art der Arbeitslosigkeit in räumliche und berufliche Mismatch-Komponenten zu zerlegen.

Darüber hinaus werden die Daten gesondert für West- und Ostdeutschland analysiert. Die Untersuchung zeigt, dass rund 60 Prozent der nicht-kon-

junkturrellen Arbeitslosigkeit der Männer in den alten Bundesländern auf die räumliche Komponente des Mismatch zurückgehen. Demgegenüber werden nur rund 40 Prozent im Westen durch die berufliche Immobilität der Arbeitslosen verursacht. In den neuen Bundesländern dagegen geht diese Arbeitslosigkeit der Männer zu zwei Dritteln auf die berufliche Komponente zurück. Nur ein Drittel wird durch räumliche Immobilität verursacht.

Was wäre, wenn es vollkommene räumliche Mobilität gebe? Höhere räumliche Mobilität könnte durch niedrigere Mobilitätskosten für die Beschäftigten erzielt werden, etwa durch verbesserte Infrastruktur. Die räumliche Mobilität

könnte aber auch durch eine effizientere räumliche Verteilung der Stellen erzielt werden, was in der Praxis wohl eher schwer zu erreichen sein dürfte.

Vollkommene Mobilität

Und wie würde sich der Arbeitsmarkt entwickeln, wenn die berufliche Mobilität vollkommen wäre? Höhere berufliche Mobilität könnte beispielsweise durch geringere Umschulungskosten erzielt werden.

Die Ergebnisse des ZEW zeigen, dass vollkommene räumliche Mobilität die Anzahl der Abgänge aus der Arbeitslosigkeit in die Beschäftigung um 15 Prozent in West- und um etwa fünf Prozent in Ostdeutschland erhöhen könnte. Vollkommene berufliche Mobilität hingegen könnte die Anzahl der Abgänge aus der Arbeitslosigkeit in die Beschäftigung um zehn Prozent im Westen und auch um zehn Prozent in Ostdeutschland erhöhen.

*Dr. Alisher Aldashev,
alisher.aldashev@googlemail.com*

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Deutschland muss mit Einschnitten bei der EU-Regionalförderung rechnen

Die Strukturpolitik der Europäischen Union (EU) sollte auch weiterhin der Förderung der regionalen Konvergenz verpflichtet bleiben. Die zentrale Rolle des Pro-Kopf-Einkommens für die Definition der Förderberechtigung ist hierbei wohl begründet. Das Ziel der „Regionalen Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“, in dessen Rahmen selbst wohlhabende Regionen gefördert werden, ist zu überdenken. Dies sind zentrale Erkenntnisse der Studie „Zukunft der EU-Strukturpolitik“, die das ZEW im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie erarbeitet hat.

Bei der historischen Betrachtung dieses europäischen Politikfeldes zeigt sich, dass die Anzahl der Fördertatbestände der EU-Strukturpolitik im Zeitablauf angewachsen ist. Alte Fördertatbestände wurden im Prinzip nie eingestellt, sondern nur neu den offiziellen Zielen des Politikfeldes zugeordnet. Diese Tendenz in Richtung eines zunehmend diffus werdenden Zielsystems ist wachstumspolitisch fragwürdig und erschwert die Erfolgskontrolle.

Beim Blick auf die umfangreiche ökonomische Literatur zu den Konvergenzwirkungen der EU-Regionalpolitik zeigt sich keine eindeutig positive Konvergenzwirkung der strukturpolitischen Transfers. Erhellend sind jedoch die konditionellen Aussagen der Empirie sowie einiger Fallstudien, wonach positive Wachstumseffekte insbesondere dort messbar sind, wo ein effizienter Verwaltungsapparat existiert.

Förderperiode 2014 bis 2020

Ein wesentlicher Teil der ZEW-Studie beinhaltet die Fortschreibung der aktuellen Förderregelungen in die nächste Förderperiode 2014 bis 2020. Die Berechnungen deuten darauf hin, dass sich die regionale Förderkulisse deutlich verändern wird, da gerade in mehreren westeuropäischen Staaten (Spanien, Deutschland, Griechenland) viele Regionen ihre Förderfähigkeit im Rahmen des Konvergenziels verlieren dürften. Insgesamt kommt es bei kaum verändertem Gesamtumfang der Mittel zu einer deutlichen Verschiebung der

Transferzahlungen hin zu den ärmsten Staaten: Insbesondere Polen, Bulgarien und Rumänien gewinnen deutlich hinzu, während die zuvor genannten westeuropäischen Staaten auf Grund des Verlustes ihrer Konvergenzregionen deutlich verlieren dürften (siehe Graphik).

Reiche Staaten finanzieren ihre Förderung aus eigener Tasche

Im Hinblick auf die Frage der Förderkriterien ist die zentrale Rolle des Pro-Kopf-Einkommens in Kaufkraftstandards wohl begründet. Es handelt sich hier um einen operationalen Indikator ohne ernsthafte Alternative. In Zukunft sollten laut ZEW-Studie weiterhin sowohl Regionen als auch ganze Mitgliedsstaaten die Adressaten der Strukturfonds sein.

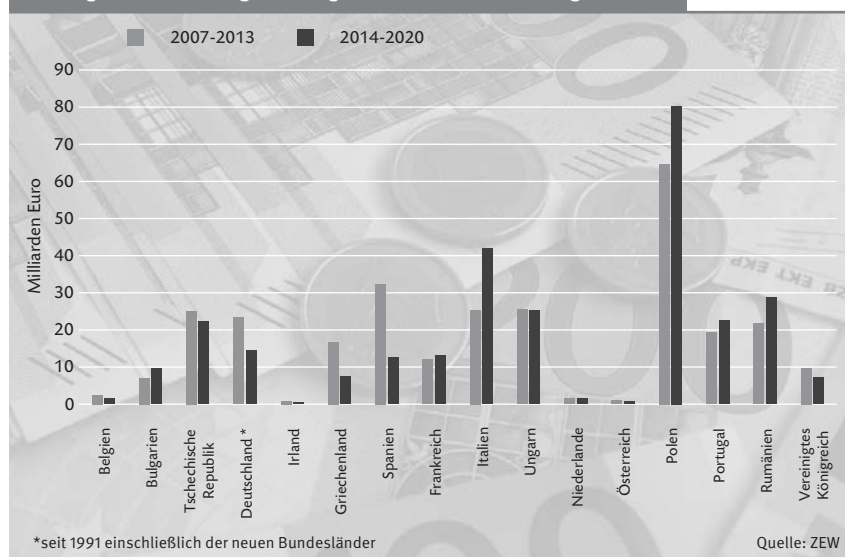
Das Ziel der „Regionalen Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ (RWB) muss überprüft werden. Es ist zu diskutieren, ob wohlhabende Regionen in bisherigem Umfang in den Genuss regionalpolitischer Transfers aus dem EU-Haushalt kommen sollten. Aus Sicht der wohlhabenden Mitgliedsstaaten sind damit budgetär kaum Vorteile verbunden, weil in der Gesamtbetrachtung sich die reicheren Staaten die Finanzierung der RWB-Programme über Eigenmittelzahlungen an den EU-Haushalt selbst finanzieren.

Rolle der EU nicht überschätzen

Abschließend warnt die Studie davor, die Rolle der EU-Regionalpolitik für die regionale Entwicklung in Europa zu überschätzen. Falsche Entscheidungen der nationalen Politik auf Gebieten wie der Arbeitsmarktregulierung oder der Abgabensysteme können durch eine ambitionierte EU-Regionalpolitik nicht kompensiert werden.

Dr. Friedrich Heinemann,
heinemann@zew.de

EU-Regionalförderung für ausgewählte Länder im Vergleich



Nachgefragt: Über die Schwierigkeiten zuverlässiger Konjunkturprognosen

Das Konjunktural scheint erreicht

Dr. Marcus Kappler, stellvertretender Leiter der Forschungsgruppe Wachstums- und Konjunkturanalysen am ZEW erklärt, warum es in der Krise so schwer ist, die konjunkturelle Entwicklung von Volkswirtschaften richtig zu prognostizieren.

Warum lagen die Wachstumsprognosen in der Wirtschaftskrise immer wieder falsch?

Die Prognostiker tun sich schwer mit der Vorhersage von Extremereignissen, wie es etwa die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise ist. Denn die eingesetzten Modelle erklären die Welt aus der Erfahrung der Vergangenheit. Treten dann Ereignisse ein, die außerhalb der bisherigen Erfahrungswelt liegen oder die so selten vorkommen, dass sie für Vorhersagemodelle praktisch keine Rolle spielen, versagen selbst die aufwändigsten Prognosemodelle. Um eine Analogie zu verwenden: Kein Meteorologe kann exakt Zeitpunkt, Verlauf und Stärke eines Wirbelsturms vorhersagen. Hat dieser sich aber gebildet, ist es umso wichtiger, laufend die aktuelle Windgeschwindigkeit, Richtung, etc. zu prognostizieren. Ähnliches gilt für die Konjunkturprognostiker. Nach dem Ausbruch der Krise haben sie laufend ihre Vorhersagen an den aktuellen Informationsstand angepasst. Des-

halb haben sich die Prognosen bezüglich des Rückgangs der Wirtschaftsleistung binnen eines halben Jahres von etwa minus 2,2 Prozent auf nun minus sechs Prozent entwickelt.

Ist damit der Tiefstand erreicht?

Es spricht einiges dafür, dass wir das Konjunktural erreicht haben. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland stabilisiert sich allmählich. Die Impulse der Konjunkturpakete machen sich langsam bemerkbar, auch belebt sich die Bestelltätigkeit in der Industrie. Die schwache Preisentwicklung

entfaltet über die positive Wirkung auf die Realeinkommen einen zusätzlichen Stimulus. Die Schrumpfung der Jahreswachstumsrate für 2009 um sechs Prozent ergibt sich fast ausschließlich durch den drastischen Wirtschaftseinbruch, den wir im ersten Quartal des Jahres erlebt haben. Selbst wenn das Bruttoinlandsprodukt ab dem zweiten Quartal „nur noch“ stagnieren würde, ergibt sich rein rechnerisch ein Einbruch von 5,8 Prozent. Daran ist zu erkennen, dass in den aktuellen Konjunkturprognosen kein weiterer drastischer Rückgang der Wirtschaftsleistung über die kommenden Quartale eingepreist ist.

*Dr. Marcus Kappler, kappler@zew.de
Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de*



Dr. Marcus Kappler, Jahrgang 1973, promovierte nach dem Studium der Volkswirtschaft im Jahr 2007 an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Seit 2002 am ZEW beschäftigt, ist Kappler stellvertretender Leiter der ZEW-Forschungsgruppe Wachstums- und Konjunkturanalysen. In seiner Forschung beschäftigt er sich besonders mit der Genauigkeit von Konjunkturprognosen, der strukturellen Arbeitslosigkeit und den Einflussfaktoren des Produktionspotenzials.

Haben wir eine Kreditklemme?

Der Begriff „Kreditklemme“ erscheint seit einigen Wochen immer häufiger in den Medien. Dabei schwingt meistens der zumindest implizite Vorwurf an die Banken mit, dass sie zu wenig Kredite an die Privatwirtschaft vergeben und damit zu einer Verschärfung der Rezession beitragen. Der Begriff „Kreditklemme“ ist jedoch nicht klar bestimmt und es existieren verschiedene Definitionen, die zu unterschiedlichen Antworten auf die Frage führen, ob derzeit eine Kreditklemme in Deutschland vorliegt.

Bei einer sehr weiten Definition von Kreditklemme handelt es sich um eine Veränderung der Kreditangebotsfunktion der Banken, bei der zu jedem Zins eine Reduktion des angebotenen Kreditvolumens eintritt. Würde man diese Definition heranziehen, dann läge in

einem Wirtschaftsabschwung fast immer eine Kreditklemme vor, da sich die durchschnittliche Ausfallwahrscheinlichkeit von Unternehmen in einem Wirtschaftsabschwung erhöht und dies zu einer Verminderung des Kreditangebotes bei gegebenem Zins führt. In der

Regel wird ein solcher Rückgang auch nicht durch die in einer Rezession typischerweise niedrigen Refinanzierungskosten der Banken kompensiert. Eine so definierte „Kreditklemme“ wäre allerdings im Wesentlichen ein anderer Begriff für „Rezession“ und ist daher nicht sehr informativ.

In einer enger gefassten Definition handelt es sich bei einer Kreditklemme um eine Einschränkung des Kreditvolumens, die signifikant über das hinausgeht, was in einer Rezession zu erwarten wäre. Ausgangspunkt für die Beur-

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

teilung der Kreditvergabeaktivitäten der Banken ist hierbei eine Kreditangebotsfunktion, in die Kreditzinsen, die Refinanzierungskosten der Bank und die Kreditausfallkosten eingehen. Erst stärkere Abweichungen von einer üblichen Reduzierung der Kreditvergabe bei einer rezessionsbedingten Ratingverschlechterung wären dann als Kreditklemme einzustufen.

Empirisch ist es sehr schwierig, eine Kreditklemme festzustellen, denn die beobachtbaren Veränderungen des ausstehenden Kreditvolumens werden sowohl von Angebots- als auch von Nachfrageveränderungen bestimmt. Um Rückschlüsse auf eine Kreditklemme zu ziehen, muss eine Kreditangebotsfunktion geschätzt werden. Dabei tritt das methodische Problem auf, dass es nicht ohne weiteres möglich ist, Kreditnachfrage- und Kreditangebotsfunktionen empirisch voneinander zu trennen. Die folgende empirische

Untersuchung verfolgt daher vorrangig den Zweck, ein Bild von der gegenwärtigen Situation auf dem deutschen und europäischen Kreditmarkt zu vermitteln und zu prüfen, ob es Indizien für eine Kreditklemme gibt.

Steigendes Kreditvolumen

Abbildung 1 zeigt den Verlauf der Kredite von Januar 2007 bis Mai 2009 an inländische Nichtbanken, das heißt an Unternehmen, Haushalte und Staat (ohne Zentralregierung). Zunächst fällt der sehr unterschiedliche Verlauf der beiden Zeitreihen auf. Das Kreditvolumen im Eurogebiet (ohne Deutschland) steigt bis Ende 2008 stark an und geht seitdem leicht zurück. Dagegen steigt das Kreditvolumen in Deutschland seit Anfang 2008 zwar recht schwach aber kontinuierlich an.

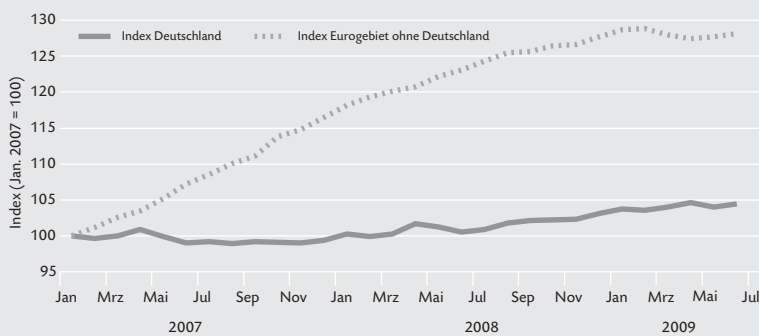
Noch deutlicher werden die Unterschiede bei Betrachtung der Verände-

rungsrate zum Vorjahr (siehe Abbildung 2). Während die Wachstumsrate der Kredite im Eurogebiet (ohne Deutschland) von mehr als 16 Prozent Anfang 2008 auf 4,13 Prozent im Juni 2009 zurückging, stieg die Veränderungsrate für das ausstehende Kreditvolumen in Deutschland seit etwa einhalb Jahren stetig an und erreichte im Juni mit knapp vier Prozent beinahe den Wert für das Eurogebiet. Es zeigt sich allerdings, dass die Dynamik der Kreditvergabe in Deutschland zwischen den einzelnen Bankengruppen sehr unterschiedlich ist. So verzeichneten die privaten Regionalbanken und die Banken mit Sonderaufgaben zweistellige Zuwachsraten, während die Kreditvergabe der Großbanken und der Real kreditinstitute im Vergleich zum Vorjahr negativ war. Der Verlauf des Kreditvolumens in Deutschland spricht damit völlig gegen die Vermutung einer Kreditklemme, denn sowohl das absolute Niveau als auch die Veränderungsrate zum Vorjahr haben sich im Laufe der letzten Monate nach oben entwickelt. In den anderen Staaten des Eurogebietes könnten die Zahlen hingegen mit einer Kreditklemme vereinbar sein.

Sinkendes Bruttoinlandsprodukt

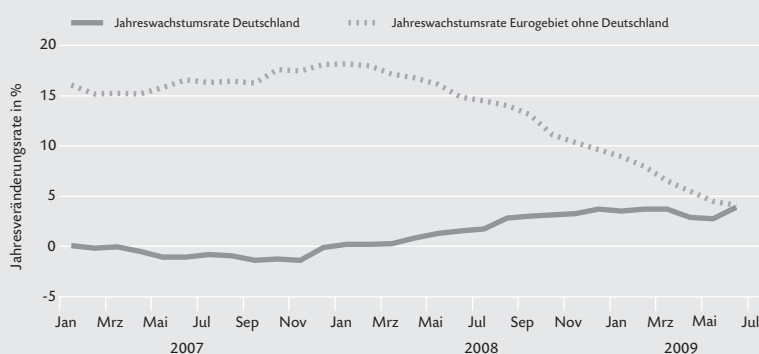
Um das Bild zu vervollständigen ist noch ein Blick auf die Entwicklung der Kreditnachfrage nötig. Diese lässt sich genauso wenig wie das Angebot direkt beobachten, so dass Hilfsgrößen herangezogen werden müssen. Ein bestimmender Faktor der gesamtwirtschaftlichen Kreditnachfrage ist neben dem Zins die Wirtschaftsentwicklung, beispielsweise repräsentiert durch das Bruttoinlandsprodukt (BIP) oder die Industrieproduktion. Hier zeigt sich seit mehreren Monaten sowohl für das gesamte Eurogebiet als auch für Deutschland eine stark rückläufige Entwicklung. So ist das BIP im Eurogebiet vom ersten Quartal 2008 bis zum ersten Quartal 2009 real um 4,9 Prozent gesunken, in Deutschland betrug der Rückgang im gleichen Zeitraum sogar 6,9 Prozent. Mit -17,9 Prozent für das

Abbildung 1: Kredite an inländische Nichtbanken (ohne Zentralregierung)



Quellen: Deutsche Bundesbank, Europäische Zentralbank, ZEW-Berechnungen

Abbildung 2: Kredite an inländische Nichtbanken (ohne Zentralregierung)



Quellen: Deutsche Bundesbank, Europäische Zentralbank, ZEW-Berechnungen

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

Eurogebiet und -23,7 Prozent für Deutschland sank die Industrieproduktion (ohne Bau) im Vorjahresvergleich für April 2009 sogar noch weit stärker als das BIP.

In einer derart starken Rezession wird auch die Nachfrage der Unternehmen und Privathaushalte nach Krediten deutlich sinken. Dies lässt die tatsächliche Entwicklung des ausstehenden Kreditvolumens in Deutschland noch in einem wesentlich günstigeren Licht

erscheinen. Denn die Zahlen sprechen eher für eine Ausweitung des Kreditangebotes der Banken als für eine Einschränkung. Dies trifft auf jeden Fall für Kreditlaufzeiten von weniger als fünf Jahren zu. Längerfristige Kredite in Deutschland stagnieren allerdings.

Selbst das leicht rückläufige Kreditvolumen im Eurogebiet (ohne Deutschland) ist glücklicherweise noch weit davon entfernt, mit der Verminderung der Wirtschaftsleistung Schritt zu hal-

ten. Die Entwicklung der ausstehenden Kredite ist für das Eurogebiet daher noch durchaus mit einer rezessionsbedingt zurückgehenden Kreditnachfrage vereinbar.

Als Fazit bleibt festzuhalten, dass es derzeit kaum Anzeichen für eine Kreditklemme im Eurogebiet gibt, für Deutschland zeigt sich in Bezug auf die Kreditvergabe der Banken sogar ein recht positives Bild.

Dr. Michael Schröder, schroeder@zew.de

ZEW WIRTSCHAFTSFORUM

Sechzig, Zwanzig, Zehn

Zum diesjährigen Wirtschaftsforum Ende Juni 2009 konnte ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz rund 250 Gäste am ZEW begrüßen. Unter dem Leitthema „60 Jahre Bundesrepublik Deutschland, 20 Jahre Fall der Mauer, 10 Jahre Euro“ beschäftigte sich die Veranstaltung mit zentralen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen, die Deutschland in den vergangenen sechzig Jahren geprägt haben. Als Referenten hierzu konnte das ZEW Persönlichkeiten gewinnen, die diese Entwicklungen entscheidend mitgestaltet haben.

Eine Podiumsdiskussion bildete den Auftakt des diesjährigen Wirtschaftsforums. Kontrovers diskutiert wurden die Einführung des Euro 1999 sowie die Rolle der Europäischen Zentralbank (EZB) – insbesondere im Zusammenhang mit der aktuellen Finanz-

krise. Der langjährige Chefökonom der EZB, Prof. Dr. Dr. h.c. Otmar Issing, verglich die Einführung des Euro mit dem Bau eines Hauses. Dieses stehe zehn Jahre nach der Grundsteinlegung auf stabilem Fundament. Der eine oder andere Balken müsse aber noch gerade

gerückt werden. Renommiertere Ökonomen wie etwa Milton Friedman hätten zum Start der Gemeinschaftswährung prognostiziert, dass der Euroraum innerhalb kürzester Zeit zusammen brechen werde. Dennoch sei die Euroeinführung reibungslos verlaufen. Der Euro habe sich zu einer Weltwährung entwickelt. Zurückzuführen sei dies auf die Strategie der EZB, nationale Interessen dem Primärziel der Preisstabilität unterzuordnen, sagte Issing.

Stabilitätspakt aufgeweicht

Es gebe aber auch Probleme, denen sich die EZB stellen müsse. So entspreche die Europäische Währungsunion (EWU) mit heute 16 Mitgliedsländern und damit 16 souveränen Regierungen nicht dem Modell eines optimalen Währungsraums. Es bestehe ein Spannungsfeld zwischen der Geldpolitik der EZB und den öffentlichen Finanzen der Mitgliedsländer. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt sei im Zuge der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise endgültig aufgeweicht worden. Da es kein anderes, der EWU vergleichbares Konstrukt gebe, sei die Währungsunion nach wie vor ein Experiment, resümierte Issing. Allerdings eines, das auf festem



Von links: Prof. Dr. Manfred Neumann, Dr. Michael Schröder, Prof. Dr. h.c. Otmar Issing

ZEW WIRTSCHAFTSFORUM

Boden stehe und dass sich weltweit großes Ansehen erworben habe.

EZB in der Spur der Fed

Prof. Dr. Manfred Neumann, Präsident der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften und der Künste, bestätigte, dass es der EZB gelungen sei, weitgehend für stabile Preise in der EWU zu sorgen. Allerdings warf er der Zentralbank vor, dass auch die EZB mit ihrer expansiven Geldpolitik zur aktuellen Finanzkrise beigetragen habe. Sie habe im Jahr 2003 einen geldpolitischen Strategiewechsel vollzogen. Sie sei der Federal Reserve (Fed) in ihrer Angst vor einer Deflation gefolgt und habe eine Ära der niedrigen Zinsen eingeläutet. Dies werde deutlich, wenn man die preisbereinigten Hauptfinanzierungssätze von Fed und EZB einander gegenüberstelle. Die Federal Funds Rate habe real in den Jahren 2003 bis 2005, das zeigten seine Berechnungen, bei minus 0,9 Prozent gelegen. Der reale Leitzinssatz der EZB habe im gleichen Zeitraum mit null Prozent ein Niveau nur knapp über dem der Fed erreicht.

Auch die Politik müsse sich endlich ihrer Verantwortung stellen. Vor der Krise habe sie es versäumt, für eine effiziente Regulierung der Finanzmärkte zu sorgen und die Bankenaufsicht zu stärken. In der Krise versäume sie es nun, den Interbankenmarkt zu stützen. Das gesamte Interbankensystem müsse von der Bundesregierung Garantien erhalten, sagte Neumann, denn hier gebe es die eigentliche Kreditklemme.

Erfolge der Wiedervereinigung

„Der Fall der Mauer: Wächst zusammen, was zusammengehört?“ Diese Frage diskutierten der ehemalige Ministerpräsident von Sachsen, Prof. Dr. Georg Milbradt, und der ehemalige Finanzminister von Sachsen-Anhalt, Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué. Milbradt ging zunächst auf die Erfolge des Vereinigungsprozesses ein. Die schnelle Integration Ostdeutschlands in die politischen und juristischen Strukturen der Bundesrepu-



Von links: Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Dr. Friedrich Heinemann, Prof. Dr. Georg Milbradt

blik sei gelungen. Eine gute Infrastruktur, eine stabile Währung, eine flächendeckende Gesundheitsversorgung, vollständige Rechtssicherheit und eine überdurchschnittliche Bildungsqualität seien für die Menschen in den neuen Ländern heute selbstverständlich.

Problematisch sei, so Milbradt, dass der Osten nach wie vor eine geringere Industriedichte aufweise. Die Wirtschaftskraft liege heute in den neuen Bundesländern auf dem westdeutschen Niveau von 1997. Die demographische Entwicklung und die Abwanderung junger Menschen aus den neuen Bundesländern in den Westen machten es immer unwahrscheinlicher, dass die neuen Länder in absehbarer Zeit den wirtschaftlichen Anschluss an den Westen fänden. Jahrzehnte der Misswirtschaft könnten nicht innerhalb weniger Jahre aufgeholt werden. Darüber hinaus habe sich der Staat in den vergangenen 20 Jahren zu stark auf eine Distributionspolitik konzentriert anstatt eine Allokationspolitik zu betreiben. Eine grundlegende Ursache für das Zurückbleiben des Ostens seien die zu hohen Lohnabschlüsse gewesen, die sich nicht am Produktivitätsniveau orientiert hätten. Die neuen Bundesländer seien nach wie vor die verlängerte Werkbank der alten Länder, resümierte Milbradt.

In seiner Replik stimmte Karl-Heinz Paqué Milbradts Diagnose weitgehend zu. Er zeigte sich allerdings für die Zukunft der neuen Bundesländer optimis-

tischer als sein Vorredner. Der wirtschaftliche Rückstand des Ostens, den es mit regionalen Unterschieden zweifellos gebe, liege besonders an seiner mangelnden Innovationskraft. Dies sei eine zwangsläufige Folge der rund 40 jährigen Abschottung vom Weltmarkt als zentralem Impulsgeber für Innovationen. Dennoch könne nach langer Stagnation inzwischen eine kontinuierliche Re-Industrialisierung des Ostens beobachtet werden. Dafür sprächen jährliche Wachstumsraten in der Industrie von zwei bis vier Prozentpunkten.

Gestiegene Arbeitsproduktivität

Besonders optimistisch stimme die steigende Arbeitsproduktivität. Das Lohnniveau in den neuen Ländern sei im Vergleich zum Westen in den vergangenen Jahren nicht weiter gestiegen. Gleichzeitig habe sich die Arbeitsproduktivität erhöht, sodass die Lohnstückkosten im Osten in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken seien. Damit sei der Osten heute ein hoch wettbewerbsfähiger Standort. Langfristig müsse die Politik alles daran setzen, die Innovationskraft des Ostens zu stärken.

Im zweiten Teil des Wirtschaftsforschums am Nachmittag stellten Wissenschaftler des ZEW Ergebnisse aus aktuellen Forschungsprojekten vor. Sarah Borgloh aus dem Forschungsbereich Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft präsentierte Er-

ZEW WIRTSCHAFTSFORUM

gebnisse zum Zusammenhang von Besteuerung und Spendenbereitschaft in Deutschland. Tobias Veith aus dem Forschungsbereich Industrieökonomik und Internationale Unternehmensführung beschäftigte sich mit der Frage „Günstiger Sturm bei mehr Wettbewerb?“ Dr. Claudia Hermeling, Wissenschaftlerin im Forschungsbereich Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement referierte über „Alternative Antriebstechnologien im Verkehrsbereich“.

Wirtschaftspolitik à la Keynes

Eine Podiumsdiskussion zum Thema „Die deutsche Wirtschaftspolitik – Licht und Schatten“ bildete den Abschluss des Wirtschaftsforums. Er sehe vor allem Schatten, eröffnete der frühere Bundeswirtschaftsminister Dr. Otto Graf

das Auswüchse wie die Abwrackprämie mit sich brachte. Staatskredite für angeschlagene Banken und Unternehmen bildeten schließlich das vierte Konjunkturprogramm.

Die ordnungspolitische Orientierungslosigkeit zeige sich in vielerlei Gestalt, sagte Lambsdorff. So sei die Staatsquote kontinuierlich gestiegen und der Staat leiste sich etwa bei Rente, Gesundheit und Pflege ausufernde Umverteilungssysteme. Lambsdorff mahnte an, der Staat müsse sich dringend über die Interessen einzelner Grüppchen erheben und zu marktwirtschaftlichen Prinzipien zurückkehren.

Der frühere Ministerpräsident des Landes Sachsen, Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, stimmte der Analyse, dass die marktwirtschaftliche Ordnung in den letzten Jahren zunehmend aus den Augen verloren worden sei, zu. Dies sei



Von links: Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, Wolfgang Clement, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, Dr. Otto Graf Lambsdorff

Lambsdorff seine Rede. Die Bundesregierung habe sich von der sozialen Marktwirtschaft im Euckenschen Sinne verabschiedet und verfolge stattdessen eine keynesianische Wirtschaftspolitik. Er zähle mittlerweile das vierte Konjunkturprogramm, sagte Lambsdorff. Das erste mit 25 Milliarden Euro habe die Bundesregierung bereits 2006 auf ihrer Klausurtagung in Genshagen verabschiedet. Im Zuge der Finanzkrise folgte Ende 2008 dann das zweite Konjunkturprogramm, das vor allem den Bausektor subventioniere. Anfang 2009 folgte das dritte Konjunkturpaket mit einem Volumen von 50 Milliarden Euro,

darauf zurückzuführen, dass die Politik die Themen Wirtschaft, Arbeit und Soziales entkoppelt habe. Er müsse zugeben, dass diese Entkoppelung in der Tendenz bei seiner Partei schon früh eingesetzt habe. So habe die CDU bereits 1949 eine umfassende Sozialpolitik, die allen Bevölkerungsteilen zu Gute kommen sollte, beschlossen. Die Idee dabei sei gewesen, die Bevölkerung mit der neuen Grundordnung zu versöhnen. Hier liege aber das zentrale Problem, das sich bis heute durch alle Parteien ziehe. Mit hohen sozialen Leistungen erkaufe sich die Politik häufig die Zustimmung der Bürger zum Re-

gierungshandeln. Wirtschaftswachstum werde unter diesen Bedingungen zur Notwendigkeit, um die staatlichen Sozialsysteme zu finanzieren. Der Schritt zur Subventionierung des Wirtschaftswachstums sei da eine naheliegende Konsequenz.

Die Politik sei aber nicht alleine für diesen Teufelskreis verantwortlich, ergänzte Biedenkopf. Sie reagiere vielmehr auf die Bedürfnisse der Bevölkerung. Die Menschen in Deutschland seien immer weniger bereit, Anpassungsprozesse mitzutragen.

Wolfgang Clement, ehemaliger Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, mahnte einen Paradigmenwechsel in der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik an. Durch die unter Bundeskanzler Gerhard Schröder eingeführten Arbeitsmarktreformen sei zwar die Arbeitslosigkeit in Deutschland deutlich gesunken. Es gebe aber weiterhin Probleme. So sei die Erwerbstätigkeit von Frauen und Älteren nach wie vor gering. Die Jugendarbeitslosigkeit liege deutlich höher als die Arbeitslosigkeit allgemein und der Mangel an Fachkräften sei noch immer akut. Ferner belaste der demografische Wandel den Arbeitsmarkt.

Deutschland braucht Wissens- und Bildungsorientierung

Als Konsequenz, so Clement, müsse Deutschland in Zukunft entweder mit geringeren Wachstumsraten leben oder Deutschland wandle sich zu einer Wissens- und Bildungsgesellschaft. Das Potenzial von Migrantenkindern müsse stärker ausgeschöpft werden. Auch die Weiterbildung von Berufstätigen bis ins hohe Alter müsse verbessert werden. Das öffentliche Dienstrecht müsse an das allgemeine Arbeitsrecht angeglichen werden. Der deutsche Arbeitsmarkt müsse für Qualifizierte aus dem Ausland besser zugänglich sein. Um die Kraft für all diese Reformen aufzubringen, brauche es eine zuversichtliche Führung. Diese Zuversicht, so Clement, vermisse er derzeit in der Politik.

Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de

MANNHEIMER UNTERNEHMENSSTEUERTAG

Steuroptimierung für Unternehmen in Zeiten der Wirtschaftskrise

Zum diesjährigen Mannheimer Unternehmenssteuertag konnten das ZEW und die Universität Mannheim Ende Juni 2009 rund 140 Teilnehmer begrüßen. Im Rahmen der jährlich stattfindenden Veranstaltung beleuchteten namenhafte Referenten aus Wissenschaft, Praxis und Verwaltung aktuelle Entwicklungen der nationalen und internationalen Unternehmensbesteuerung. Angesichts des Konjkturereintritts, dessen Wirkung durch einschlägige steuerliche Rahmenbedingungen der Unternehmensteuerreform 2008 verschärft wird, stand der diesjährige Unternehmenssteuertag unter dem Thema „Steuroptimierung bei volatilen Ergebnissen“.



Referenten und Teilnehmer des Mannheimer Unternehmenssteuertags 2009

Prof. Dr. Christoph Spengel, Universität Mannheim und ZEW, eröffnete die Veranstaltung. In einem ersten Vortrag erläuterte Prof. Dr. Ulrich Prinz (Flick Gocke Schaumburg) gestalterische Möglichkeiten im Umgang mit steuerlichen Verlusten. Der Referent kritisierte die Verlustvernichtung durch die neue „Mantelkaufregelung“, die eine Umstrukturierung in Krisenzeiten erschwere. Mit dem Bürgerentlastungsgesetz soll jedoch zeitlich begrenzt eine Sanierungsklausel eingeführt werden, um Restrukturierungen steuerlich zu erleichtern und somit Insolvenzen zu vermeiden. Dr. Thomas Borstell (Ernst & Young AG) thematisierte die Notwendigkeit, Strategien der Ergebnisallokation in wirtschaftlich schwierigem Umfeld neu auszurichten und so die Existenz des Unternehmens mit zu sichern. Er schlug insbesondere Funk-

tionsverlagerungen als Instrument der Ergebnisallokation vor, durch die Konzernverluste steuerlich genutzt und die Cash-Reserven des Konzerns geschont werden könnten. Die Vereinbarkeit mit dem Fremdvergleichsgrundsatz müsse jedoch ausführlich dokumentiert und in Zweifelsfällen mittels Verständigungsverfahren abgesichert werden.

Entwicklungen im Tax Accounting und Reporting

Im Fokus des Vortrags von Robert Risse (Henkel AG & Co. KGaA) standen aktuelle Entwicklungen im Tax Accounting und Reporting. Er verdeutlichte die Bedeutung der Steuerquote nach IAS 12 und analysierte die steuerlichen Auswirkungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes mit Blick auf latente Steuern. Er illustrierte, wie sich Steuer-

latenzen auf die Cash-Qualität des Ertrags auswirken und zur Volatilität der Ergebnisse beitragen können.

Bei der Podiumsdiskussion mit den genannten Referenten sowie Prof. Dr. Michael Schmitt (Finanzministerium Baden-Württemberg), Prof. Dr. Andreas Schumacher (Flick Gocke Schaumburg) und Prof. Dr. Christoph Spengel wurden kritische Punkte der Vorträge diskutiert und ein Ausblick auf kurzfristig anstehende Gesetzesvorhaben gegeben.

Praxisorientierte Workshops

In den Workshops stellten Dr. Wolfgang Haas (BASF SE) und Peter Wochinger (Finanzministerium Baden-Württemberg) Verlustverwendungsstrategien vor und beleuchteten diese aus Sicht der Praxis und der Finanzverwaltung. Dr. Hans Maier (Robert Bosch GmbH) und Dr. Carl Friedrich Veas (Finanzministerium Baden-Württemberg) diskutierten mit den Teilnehmern mögliche Szenarien einer steueroptimalen Gewinnallokation. Das Zusammenspiel von Besteuerung, Rechnungslegung und Controlling wurde unter Leitung von Robert Risse und Heiko Schäfer (PricewaterhouseCoopers AG) in einem dritten Workshop erarbeitet. Der Unternehmenssteuertag machte deutlich, dass es sich beim deutschen Steuerrecht nach der Unternehmensteuerreform 2008 um ein „Schönwetter-Steuerrecht“ handelt, das in Zeiten wirtschaftlicher Schwäche zusätzliche Herausforderungen für Unternehmen mit sich bringt. Gleichzeitig gab die Veranstaltung Anregungen, wie diesen Herausforderungen steuerplanerisch begegnet werden kann. Dabei lieferte die Zusammenführung der Blickwinkel der Wissenschaft, Praxis und Finanzverwaltung ein ausgewogenes Bild über Handlungsmöglichkeiten und -grenzen.

Katharina Finke, finke@zew.de

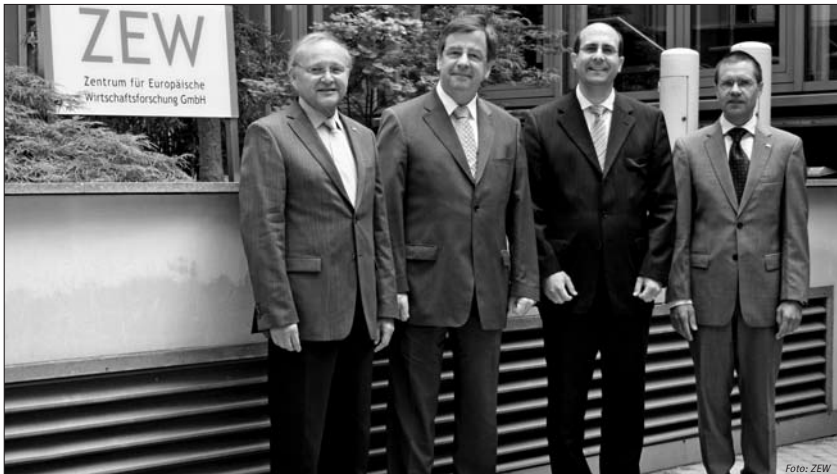
ZEW INTERN

ZEW-Wissenschaftler erhält Preis der Ernst & Young Stiftung e.V.

Christian David Dick erhielt Ende Juni 2009 den zweiten Preis für hervorragende Prüfungsleistungen an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Eberhard-Karls-Universität Tübingen. Bei seinem Studium der Volkswirtschaftslehre in Tübingen und an der Texas A&M University (USA) legte Christian Dick einen Schwerpunkt auf Ökonometrie und Betriebliche Finanzierung. Seine Diplomarbeit „An Econometric Analysis of the Pre-Trade Transparency in the NYSE Hybrid Market“ untersuchte, inwieweit die Informationen im Offenen Auftragsbuch die Bildung von Aktienkursen an der New Yorker Börse beeinflussen. Christian Dick ist seit Mai 2008 im ZEW-Forschungsbereich "Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement" tätig.

Baden-Württembergs Finanzminister Willi Stächele am ZEW

Anfang Juni 2009 besuchte der baden-württembergische Finanzminister Willi Stächele MdL, das ZEW in Mannheim. Von der Geschäftsführung des Instituts ließ er sich über die aktuelle Entwicklung des ZEW und insbesondere neue Schwerpunktsetzungen bei der Forschungsprogrammatik informieren. Weitere Gesprächsgegenstände waren die erneut sehr erfolgreiche Drittmittelakquisition des ZEW im Jahr 2008 sowie die neuen Kooperationsvereinbarungen zwischen ZEW und Hochschulen zu Juniorprofessuren.



Von links: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, Präsident des ZEW, Finanzminister Willi Stächele, Steffen Ratzel, Regierungsdirektor im Finanzministerium Baden-Württemberg und Thomas Kohl, kaufmännische Direktor des ZEW.

ZEW DISCUSSION PAPERS

Nr. 09-033, Christoph Grimpe, Heide Fier: Informal University Technology Transfer: A Comparison Between the United States and Germany.

Nr. 09-032, Birgit Aschhoff: The Effect of Subsidies on R&D Investment and Success – Do Subsidy History and Size Matter?

Nr. 09-031, Andrea Mühlenweg: Young and Innocent - International Evidence on Age Effects Within Grades on School Victimization in Elementary School.

Nr. 09-030, Sandra Gottschalk, Kathrin Müller, Michaela Niefert: Founder's Human Capital, Entry Strategies and Start-Up Size.

ZEW INTERN

Ernst-O. Schulze feiert 70. Geburtstag

Ernst-O. Schulze, langjähriger Kaufmännischer Direktor des ZEW in Mannheim, feierte am 23. Juli 2009 seinen 70. Geburtstag. Aus diesem Anlass

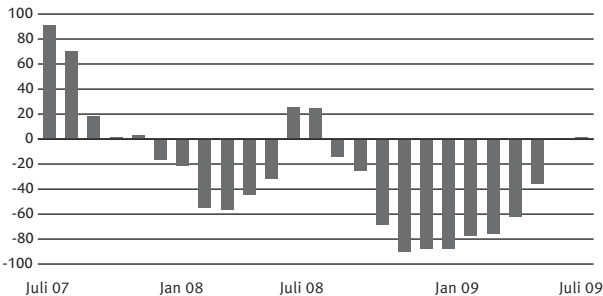
gratuliert der Präsident des ZEW, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, seinem ehemaligen Mitstreiter in der Geschäftsführung des ZEW sehr herzlich. Er würdigte ihn als einen „Wissenschaftsmanger, der aufgrund seiner Kompetenz, seiner Erfahrungen und seiner Kontakte im Forschungs- und Wissenschaftsbereich den erfolgreichen Auf- und Ausbau des ZEW maßgeblich mitgestaltet hat.“

20 Jahre Fall der Berliner Mauer: Fotoausstellung von Piet Joehnk im ZEW

Die Rückseite der Mauer war bunt! Davon kann sich die Öffentlichkeit ab sofort bis zum 22. Dezember 2009 im Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim überzeugen. Ende Juni 2009 wurde eine Ausstellung mit Fotografien von Piet Joehnk im ZEW eröffnet. Der heute in Dresden lebende Künstler hat 1986 auf der Westberliner Seite der Mauer mit seiner Kamera grellbunte Graffiti, kesse Sprüche und surrealistische Szenen festgehalten. Die Bilder zeigen auf karikaturistische, freche oder naive Weise insbesondere den Kalten Krieg und die Teilungsproblematik Berlins. Spätestens mit dem Abriss der Mauer sind Joehnk's Fotos und Fotocollagen zu einem einmaligen Zeitdokument geworden. Die Ausstellung kann montags bis donnerstags von 10 bis 16 Uhr in den Räumen des ZEW in Mannheim betrachtet werden. Der Eintritt ist frei.

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im Juli 2009

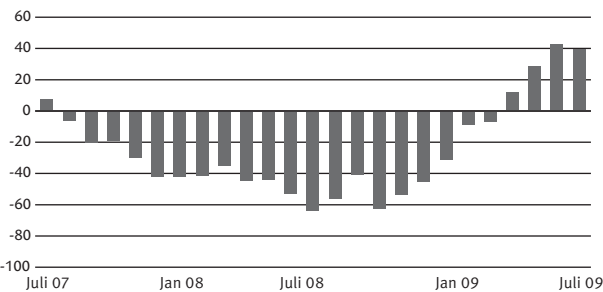


Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

EZB: Zinsniveau angemessen

Die Experten haben ihre Erwartungen hinsichtlich der kurzfristigen Zinsen nahezu beibehalten. Der entsprechende Indikator steigt um 0,8 auf 1,1 Punkte. Damit signalisiert er eindeutig, dass die EZB das Leitzinsniveau für die kommenden sechs Monate bei einem Prozent belassen wird. Dies deckt sich mit den Worten der EZB, das Zinsniveau sei „angemessen“. Daneben hat die EZB die Liquiditätssituation der Banken durch ein zusätzliches Refinanzierungsgeschäft mit einer Laufzeit von zwölf Monaten verbessert.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de



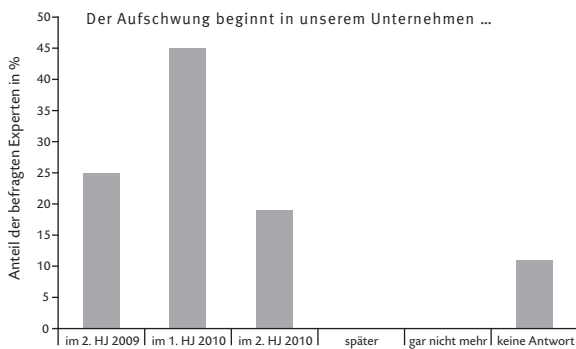
Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

Euroraum: Leicht gedämpfter Optimismus

Die ZEW-Konjunkturerwartungen für die Eurozone haben im Juli um 3,2 Punkte nachgegeben und liegen nun bei 39,5 Punkten. Damit hat sich der optimistische Trend der vergangenen Monate nicht fortgesetzt. Ein Risiko ist, ob der private Sektor ausreichend Kredite erhält. Im Berichtsmonat Mai zeigte sich eine fortgesetzte Verlangsamung des Geldmengen- und Kreditwachstums. Positiver dürften sich die Exportaussichten gestalten, da Anzeichen einer Erholung der weltweiten Nachfrage beobachtet werden.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

Der Aufschwung im Transportgewerbe ist in Sichtweite

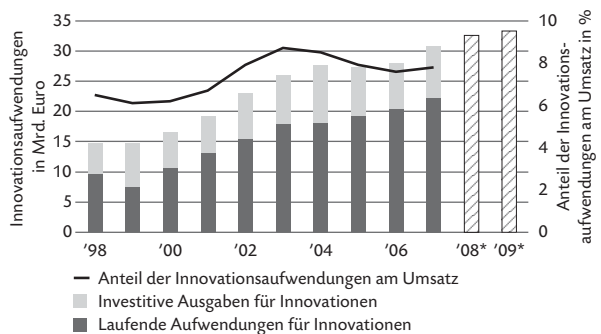


Quelle: ZEW

Die Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW wurden gefragt, zu welchem Zeitpunkt sie mit einem Aufschwung in ihrem Unternehmen rechnen. 25 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass der Aufschwung bereits im zweiten Halbjahr 2009 einsetzt, weitere 45 Prozent erwarten ihn im ersten Halbjahr 2010, knapp 20 Prozent hingegen erst in der zweiten Jahreshälfte. 11 Prozent konnten dagegen keinen Zeitpunkt nennen. Dass der Aufschwung überhaupt nicht im jeweiligen Unternehmen ankommt, erwartet hingegen keiner der Umfrageteilnehmer.

Dr. Claudia Hermeling, hermeling@zew.de

Fahrzeugbau investiert wieder mehr in Innovationen



* Planzahlen von Mitte 2008

Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Der deutsche Fahrzeugbau hat 2007 und 2008 wieder deutlich mehr Mittel in die Entwicklung neuer Produkte und Prozesse investiert als 2004 bis 2006. 2007 erreichten die Innovationsaufwendungen 30,7 Milliarden Euro, für 2008 ist mit einem weiteren Anstieg auf etwa 32,6 Milliarden Euro zu rechnen. Dahinter stehen insbesondere die Anstrengungen der Automobilindustrie bei umweltfreundlichen Antriebstechnologien und zur Senkung des Spritverbrauchs, aber auch höhere Innovationsaktivitäten im Flugzeug-, Schiff- und Bahnbau. Selbst im Krisenjahr 2009 sollen die Innovationsaufwendungen auf dem hohen Vorjahresniveau gehalten werden.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

STANDPUNKT



Schocks

Die vergangenen Jahre waren Zeugen weltweiter und gravierender wirtschaftlicher Störungen („Schocks“), welche die Volkswirtschaften jedoch in sehr unterschiedlichem Ausmaß in Mitleidenschaft zogen. Im Zeitraum der

Jahre 2003 bis 2008 hat sich der Rohölpreis gemessen in US-Dollar rund verfünffacht. Die realen Auswirkungen hielten sich in Deutschland in Grenzen, obschon gemäß einer ZEW-Studie dieser Ölpreisschock für sich genommen die Arbeitslosigkeit hierzulande nach oben getrieben hat (ZEW Discussion Paper 08-136). Ganz anders verhält es sich mit einem zweiten Schock. Aus einer regionalen Hypothekenkrise entwickelte sich ein weltweites Desaster in einer gigantischen Größenordnung. Nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds führte die US-amerikanische Hypothekenkrise zu einem Verlust dort in Höhe von etwa 250 Milliarden US-Dollar. Bis Ende des Jahres 2008 erwuchs daraus eine Werteinbuße auf den weltweiten Wertpapiermärkten, die sich auf mehr als das Hundertfache des ursprünglichen Schadens belief. Wie konnte sich die amerikanische Hypothekenkrise derart verstärken?

Im wesentlichen sind dafür zwei Multiplikatorwirkungen verantwortlich, der Liquiditäts- und Deleveragemechanismus. Zusammen mit der Intransparenz der neuartigen strukturierten Finanzprodukte und der hohen Fremdfinanzierung im Vergleich zum Eigenkapital („Leverage-Effekt“) führten beide Mechanismen dazu, dass die Hoffnung getrogen hatte, die US-Immobilienkrise könnte vergleichsweise leicht von den dortigen Finanzinstitutionen aufgefangen werden.

Der Liquiditätsmechanismus ist „die heutige Version früherer Bank-Runs“ (Olivier Blanchard). In Zeiten der Weltwirtschaftskrise und im letzten Jahr bei der Northern Rock Bank im Vereinigten Königreich bildeten sich lange Schlangen von Bankkunden, die ihre Guthaben auflösen und so ihr Geld in Sicherheit bringen wollten. Angesichts von Einlagensicherungssystemen brauchen die Anleger diesbezüglich weit weniger Befürchtungen zu hegen und haben sich hierzulande entsprechend besonnen verhalten. Die Bankmanager hingegen „rann-

ten“ bildlich gesprochen, um ihr Kreditinstitut mit Liquidität zu versorgen. Dies wurde angesichts der allgemeinen Unsicherheit darüber, wie viele Leichen – lies: toxische Wertpapiere – die betreffende Bank im Keller hat, durch Refinanzierung auf den Geldmärkten immer schwieriger. Folglich haben die Banken Wertpapiere verkauft, deren Kurse sanken, mit der Folge, dass sich diese Kursverluste in den Bilanzen anderer Finanzinstitutionen niederschlugen, die daraufhin ebenfalls Wertpapiere verkauften, mit erneuten Kursverlusten, und so weiter.

Damit kommt der zweite Verstärkungsmechanismus ins Spiel. Für Banken lohnt es sich bei niedrigen Zinsen und einer guten Ertragslage, die Rendite des Eigenkapitals durch eine steigende Fremdfinanzierung „hochzuheben“. Im wirtschaftlich prosperierenden Zeiten wird den Banken dieses „Leveraging“ durch eine steigende Risikobereitschaft der Fremdkapitalgeber erleichtert und gegebenenfalls durch eine Ausweitung des Eigenkapitals auf Grund steigender Vermögenspreise gefördert. Kommt es nun zu einem Wertverlust der Aktiva, sinkt der Wert des Eigenkapitals und der des Hebels: Fremdkapital zu Eigenkapital steigt, mit der Folge, dass die Banken Aktiva verkaufen, um den Hebel wieder zurückzuführen („Deleveraging“). Nicht zuletzt die in einer solchen Situation risikoscheuer agierenden Fremdkapitalgeber, aber zudem regulatorische Vorschriften sorgen dafür. Der Verkauf von Aktiva hat Kursverluste zur Folge, die sich wie oben beschrieben fortpflanzen und verstärken.

Um sich den beiden Verstärkungsmechanismen entgegen zu stellen, haben die Zentralbanken und die staatliche Wirtschaftspolitik prinzipiell richtige Wege eingeschlagen. Die Zentralbanken fluteten die Geldmärkte mit Liquidität. Der Staat hat den Banken angeboten, sie mit Eigenkapital zu versorgen, um ein Deleveraging einzudämmen. Letzteres ist indessen nur unzureichend gelungen. Viele Banken sind heutzutage immer noch mit einem Solvenzproblem in Form einer zu geringen Eigenkapitaldecke konfrontiert.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Kathrin Böhrer, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail boehmer@zew.de
Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2009